

BESCHLUSS DES FRAKTIONSVORSTANDS: EIN JAHR RUSSISCHER ANGRIFFSKRIEG – FRIEDEN UND FREIHEIT VERTEIDIGEN

Seit einem Jahr führt Russland einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die russische Aggression hat unmenschliches Leid über die ukrainische Bevölkerung gebracht und unzählige Menschenleben gekostet. Für uns Freie Demokraten ist klar: Die Ukraine muss den Kampf um ihr Territorium gewinnen. Wir stehen dabei fest an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer. Dies gilt auch über einen Waffenstillstand oder Friedensschluss hinaus. Wir unterstützen die Ukraine beim Wiederaufbau des Landes, jetzt und in Zukunft und setzen uns bei unseren Partnern und Verbündeten für ein gemeinsames Engagement ein.

Wir stehen vor einem neuen Systemwettbewerb. Die Welt verändert sich - schneller und unberechenbarer als je zuvor. An vielen Orten der Welt werden Freiheit, Frieden und die regelbasierte Weltordnung durch autokratisch geführte Staaten - allen voran Russland und in anderem Ausmaß auch China - bedroht. Der russische Angriffskrieg stellt eine Zäsur für die liberale Weltordnung und ein Wiederaufleben des Imperialismus dar. Den Versuch Russlands, durch pseudodemokratische Referenden in der Ostukraine Territorium zu annektieren, lehnen wir entschieden ab. Dieser Imperialismus Russlands gefährdet nicht nur die völkerrechtlich anerkannten Grenzen in Europa, die auch Russland ausdrücklich anerkannt hat, sondern ist eine Bedrohung für unsere internationale Ordnung und damit für alle, die sich für Frieden, Freiheit und souveräne, gleichberechtigte Staaten in der Welt einsetzen. Gleichzeitig kämpft Russland in diesem hybriden Krieg nicht nur mit Waffen, sondern hat einen Informationskrieg gestartet, der darauf abzielt, Wahlen in demokratischen Ländern zu beeinflussen und Falschinformationen durch soziale Medien und Nachrichten zu verbreiten. Mit Sorge betrachten wir, dass Wladimir Putin nicht nur jede friedliche Opposition im eigenen Land unterdrückt und politische Wettbewerber inhaftiert, sondern in seiner Rede vor der Föderalen Versammlung Russland auf eine Fortsetzung dieses sinnlosen Krieges eingeschworen hat.

Wir Freie Demokraten lassen keinen Zweifel daran, dass für uns die universellen Menschenrechte, das Völkerrecht und die internationalen Institutionen elementare Bestandteile glaubwürdiger und effektiver Außenpolitik sind. Geschlossenheit in Europa, enge Zusammenarbeit mit unseren transatlantischen Partnern und der Schulterschluss mit demokratischen, marktwirtschaftlichen Demokratien weltweit, sind in diesem Systemwettbewerb unser strategischer Vorteil und unsere Stärke, die wir gegen Desinformation und Spaltung verteidigen wollen. Gleichzeitig treten wir in Deutschland, Europa und der Welt für den Schutz von Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit ein und befürworten alle Initiativen der russischen Zivilgesellschaft, die sich für ein freies, rechtsstaatliches und demokratisches Russland einsetzen.

1. Freiheit verteidigen und Handlungsfähigkeit der Ukraine unterstützen

Spätestens seit Russlands Angriff auf die Ukraine steht außer Zweifel, dass Putins Russland eine Bedrohung für die europäische Sicherheit ist. Es liegt deshalb im deutschen und europäischen Sicherheitsinteresse, die Ukraine bei der Selbstverteidigung ihres Territoriums materiell, finanziell und humanitär zu unterstützen. Frühzeitig haben wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag darauf hingewirkt, dass vorhandene Waffen und Material aus Beständen der Bundeswehr und der wehrtechnischen Industrie geliefert sowie benötigte Waffensysteme wie etwa Schützen- und Kampfpanzer zur Unterstützung der Ukraine exportiert werden durften. Zu diesen Unterstützungsleistungen zählen auch Ausbildung, Munition und Ersatzteile. Insgesamt wurden dadurch Leistungen im Wert von über 2,5 Mrd. € erbracht. Diesen Weg wollen wir weiter gehen.

Deutschland darf im Kampf gegen die russische Invasion nicht zur Kriegspartei werden. Das Völkerrecht ist dabei klar: Politische, finanzielle oder militärische Unterstützung durch Waffenlieferungen, Logistik und militärische Ausbildungsmaßnahmen machen Deutschland nicht zu einer Konfliktpartei.

Die Bundeswehr war bereits vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und den aus ihren Beständen getätigten Unterstützungsleistungen materiell und personell nicht vollumfänglich verteidigungsfähig, was sich durch die Unterstützungsleistungen noch verstärkt hat. Die Bestände der Bundeswehr wollen wir im Anschluss an die Materialabgaben schnellstmöglich und in gemeinsamer Anstrengung von Parlament, Bundesregierung und Industrie auffüllen.

Wir werden weiterhin dazu beitragen, dass Deutschland die NATO-Fähigkeitsziele erfüllt. Durch das Sondervermögen Bundeswehr werden wir erstmals das bereits 2014 beschlossene 2%-Ziel der NATO erreichen. Damit leisten wir einen nachhaltigen Beitrag zur aufgabengerechten Ausstattung der Bundeswehr. Die Erfahrungen aus den aktuellen militärischen Rahmenbedingungen, Einsatzszenarien und die im Rahmen der NATO zugesicherten Fähigkeiten der Bundeswehr erfordern aus unserer Sicht unter Umständen auch weitere Anpassungen bei der Beschaffung aus dem Sondervermögen Bundeswehr. Einen stärkeren Fokus wollen wir auf rascher zu realisierende Vorhaben, die Beschaffung von Munition und Systemen zur Luftverteidigung legen.

Als bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich starkes Land in der Mitte Europas muss Deutschland Verantwortung für die Sicherheit Europas übernehmen. Dazu zählt für uns als Freie Demokraten auch, dass wir gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten die Ukraine bei einem von ihr gewollten Friedensschluss unter den Konditionen der Ukraine bzw. darüber hinaus tatkräftig unterstützen und fest hinter den EU-Sanktionen gegen Russland stehen. Auch wenn es jetzt noch zu früh ist, um zu definieren, wie konkrete Sicherheitsgarantien für die Ukraine aussehen könnten, sind wir gemeinsam mit der Ukraine und unseren europäischen und transatlantischen Partnern bereit zu überlegen, wie eine sichere Zukunft für die Ukraine aussehen kann.

2. Humanitäre Hilfe und Schutz für die Menschen in der Ukraine stärken

Putins Angriffskrieg hat eine humanitäre Katastrophe ausgelöst. Infolge der bewaffneten Auseinandersetzungen, der gezielten Zerstörung von Städten und Dörfern durch die russischen Angriffe sowie der Beeinträchtigungen der Infrastruktur und Gesundheitsversorgung sind viele Menschen nicht in der Lage, ihre Grundbedürfnisse zu decken. Gezielte russische Angriffe auf zivile Infrastruktur und Energieversorgung haben zur Folge, dass Menschen bei eisigen Wintertemperaturen von der Strom-, Wasser und Gasversorgung abgeschnitten sind. Der Zugang zu Nahrung, Wasser und Medikamenten ist teils massiv eingeschränkt. Die systematischen Angriffe, die sich auch gegen die Zivilbevölkerung richten, stellen schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar. Laut UNHCR sind seit dem 24. Februar 2022 über 8 Mio. Menschen aus der Ukraine nach Europa geflohen. Damit haben wir es mit der größten innereuropäischen Flucht seit dem Zweiten Weltkrieg zu tun, auf die wir auch weiter in engem Schulterschluss mit unseren europäischen Partnern reagieren müssen. Die Staaten Mittel- und Osteuropas, insbesondere Moldau und Georgien, die durch den Zustrom der Vertriebenen stark belastet sind, müssen bei der Bewältigung der Krise auf unsere Unterstützung zählen können.

Wir Freie Demokraten unterstützen die von Deutschland und seinen Partnern geleisteten Lieferungen humanitärer Hilfsgütern und begrüßen die Bereitstellung von rund 12,51 Mrd. € für bilaterale Unterstützungsleistungen für die Ukraine und Menschen aus der Ukraine durch die Bundesregierung allein im vergangenen Jahr. Gleichzeitig werden wir uns weiterhin tatkräftig für den Schutz der ukrainischen Bevölkerung einsetzen und gemeinsam mit unseren Partnern unermüdlich an der Linderung der humanitären Katastrophe arbeiten. Wir wissen, dass der Wiederaufbau der Ukraine eine Aufgabe für Generationen sein wird und wollen hier eng mit den G7-Partnern zusammen arbeiten.

3. Globale Auswirkungen eindämmen und Hunger bekämpfen

Russlands Angriffskrieg hat weit über die Ukraine hinaus dramatische Folgen. Aktuell leiden nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen rund 828 Mio. Menschen an Hunger. Die globale Ernährungskrise hat sich als direkte Konsequenz des völkerrechtswidrigen Handelns von Putins Russland massiv verschärft: Russland und die Ukraine bedienen etwa 30 Prozent der weltweiten Weizen- und 20 Prozent der Maisexporte. Beide Länder sind wichtige Exporteure von Ölsaaten, Pflanzenöl sowie Düngemitteln. Reduzierte Liefermengen und hohe Energie- und Transportkosten als Konsequenz des russischen Angriffskriegs führen global zu Marktverwerfungen mit steigenden Preisen für Dünger und Agrarrohstoffe wie Weizen und Mais. Sie treiben die Inflation und beeinträchtigen so die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Lebensmitteln. Betroffen davon sind maßgeblich auch viele Länder des Globalen Südens. Besonders in der Ukraine sind auch in Zukunft geringe Ernten zu erwarten, da die russische Armee Silos zerstört und ganze Landstriche vermint hat. Infolge der Preissteigerungen und Verknappung von Agrarrohstoffen an den Agrarmärkten wird das Leid der Menschen im globalen Süden erhöht. Putin setzt gezielt Hunger als geostrategische Waffe ein, unter der die Ärmsten der Armen leiden. Die daraus folgenden vermehrten Migrationsbewegungen, sollen die Spannungen in der EU in der Flüchtlingsfrage verstärken und die EU in ihrer Unterstützung für die Ukraine schwächen.

Das Welternährungsprogramm (WFP) schätzt, dass sich die Zahl der weltweit unterernährten Menschen durch den Krieg noch in diesem Jahr um bis zu 47 Mio. auf 875 Mio. erhöhen wird. Ernährungsunsicherheit kann Krisen provozieren und verschärfen – es ist daher in unserem Interesse, gemeinsam mit unseren Partnern den Kampf gegen Hunger entschieden fortzuführen. Angesichts der enormen Verwerfungen auf den globalen Agrarmärkten muss die deutsche sowie die europäische Agrarpolitik einen stärkeren Fokus auf die globale Ernährungssicherheit richten und die Produktion an Nahrungsmitteln hierzulande durch die Nutzung von innovativen Produktionsmethoden nachhaltig intensivieren. Außerdem muss der Anteil der Lebensmittel, die ungenutzt im Müll landen, reduziert werden.

Wir Freie Demokraten begrüßen das Bündnis für globale Ernährungssicherheit (Global Alliance for Food Security), das auf Initiative der Bundesregierung im Rahmen ihrer letzten G7-Präsidentschaft ins Leben gerufen wurde und setzen uns für die Stärkung multilateraler Organisationen ein, die sich besonders für die weltweite Umsetzung des Rechts auf Nahrung und Ernährungssicherheit engagieren. Außerdem wollen wir das WFP weiter angemessen unterstützen und so dazu beitragen, akuten Hunger und Ernährungsunsicherheit zurückzudrängen sowie darüber hinaus auf ein verstärktes finanzielles Engagement durch andere Geber hinzuwirken.

4. Völkerrechtsverbrechen effektiv verfolgen - Straflosigkeit ist keine Option

Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt einen klaren Bruch der wichtigsten völkerrechtlichen Grundsätze dar und ist ein Verstoß gegen das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Gewaltverbot. In der internationalen Gemeinschaft besteht kein Zweifel, dass Russlands Angriffskrieg ebenso wenig wie die zahlreichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die seit dem 24. Februar 2022 durch Russland begangen wurden, durch nichts zu rechtfertigen sind. Für uns Freie Demokraten steht fest: Die Verantwortlichen müssen strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Mit Nachdruck unterstützen wir die Bemühungen Deutschlands und seiner Partner in dieser Hinsicht. Unmittelbar nach Beginn des Angriffskriegs hat der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) auf Ersuchen Deutschlands und inzwischen 42 weiterer Vertragsstaaten des Römischen Statuts Ermittlungen in der Ukraine eingeleitet. Parallel hat der Generalbundesanwalt ein Strukturermittlungsverfahren eröffnet. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland sich bei der Koordinierung der Ermittlungen auf nationaler und internationaler Ebene auch in Zukunft aktiv einbringt.

Während für die Verfolgung von Kriegsverbrechen der IStGH der primäre Verhandlungsrahmen ist, droht für das Verbrechen der Aggression Straflosigkeit. Diese Lücke im Völkerrecht muss geschlossen werden und wir setzen uns dafür ein, die Zuständigkeit des IStGH im Bereich des Verbrechens der Aggression zu erweitern. Langfristig muss der IStGH als unentbehrliche Stütze des Menschenrechtsschutzes finanziell und personell besser ausgestattet werden.

Bis zu einer Änderung des Statuts des IStGH lässt sich eine Straflosigkeit im Falle des Verbrechens der Aggression nur vermeiden, wenn ein Verfahren vor einem anderen Gericht erfolgt. Wir setzen uns dabei

für eine enge Abstimmung mit unseren internationalen Partnern und eine breite internationale Unterstützung ein. Zugleich darf der IStGH durch ein Verfahren vor einem anderen Gericht nicht geschwächt werden. Die Verfolgung des Verbrechens der Aggression sollte vielmehr Ansporn für seine Stärkung und Weiterentwicklung sein.

5. EU-Beitrittsperspektive: Signal und Anreiz für Reformen in der Ukraine - und EU

Die Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine durch den Europäischen Rat am 23. Juni 2022 war ein wichtiges politisches Signal, mit dem sich die EU zur europäischen Zukunft der Ukraine bekannt hat. Dieser neue Status im EU-Integrationsprozess ist ein entscheidender Anreiz für die politische Führung und die ukrainische Gesellschaft trotz schwierigsten Rahmenbedingungen eines zerstörerischen Krieges - der dem Land entscheidende administrative und wirtschaftliche Ressourcen nimmt - entschlossen den eingeschlagenen Reformkurs hin zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fortzusetzen. Die beträchtlichen Anstrengungen, die die Ukraine in den letzten Monaten unternommen hat, wurden vom Europäischen Rat am 9. Februar 2023 entsprechend anerkannt.

Wir werden die Ukraine im komplexen Beitritts- und Reformprozess auf Basis der Kopenhagener Kriterien und im Kampf gegen die Korruption weiter aktiv unterstützen, damit die Ukraine sobald wie möglich die erforderlichen Voraussetzungen zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfüllt. Gleichzeitig muss die EU jedoch auch an ihrer eigenen Aufnahmefähigkeit arbeiten und schnellere Entscheidungsmechanismen entwickeln. Dazu gehört zum Beispiel die Einführung der qualifizierten Mehrheit in der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Modernisierung des Beitrittsprozesses durch die Möglichkeit zur Teilnahme an attraktiven Zwischenschritten. Die Europäische Union und die Ukraine müssen das Potenzial des Assoziierungsabkommens – einschließlich der vertieften und umfassenden Freihandelszone – voll ausschöpfen, um die Voraussetzungen für intensivere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu schaffen, die zur Integration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt führen werden.

6. NATO als zentrales Sicherheitsbündnis stärken

Die NATO ist unverzichtbarer Teil unserer Sicherheit. Zur Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO verstärkt Deutschland seine Fähigkeitsbereitstellung gegenüber dem Bündnis deutlich. Sie ist die richtige Institution, um gemeinsam mit unseren transatlantischen Verbündeten Frieden und Freiheit in Europa zu schützen.

Unter dem Eindruck des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine haben Schweden und Finnland Anträge auf eine NATO-Mitgliedschaft gestellt und uns so erneut den Stellenwert der NATO als zentralen Sicherheitsanker verdeutlicht. Wir Freie Demokraten unterstützen diese Anträge vorbehaltlos, begrüßen, dass der Bundestag dem Beitritt der Norderweiterung bereits zugestimmt hat und setzen uns, auch gegenüber der Türkei, dafür ein, den Beitritt beider Staaten unverzüglich zu vollziehen.

Der Beitritt Schwedens und Finnlands ist gleichzeitig das eindeutige Signal gegenüber Putin, dass er die Geschlossenheit des Westens dramatisch unterschätzt hat. Entschieden wenden wir uns gegen jedes

Narrativ, dass die NATO eine Bedrohung für ihre Nachbarstaaten sei - im Gegenteil ist die NATO ein Verteidigungs- und Abschreckungsbündnis. Wir freuen uns, dass Freunde für die Verteidigung der gleichen Werte bereit stehen wollen wie Deutschland und unterstützen die Stationierung der NATO im Baltikum.

Wir Freie Demokraten hatten uns bereits in den Koalitionsverhandlungen erfolgreich für die Verankerung des Bekenntnisses zur NATO und auch zur fortgesetzten nuklearen Teilhabe Deutschlands eingesetzt. Mit Sorgen sehen wir, dass die Gefahr von Nuklearwaffen in der internationalen Politik wieder zunimmt, die bestehenden Strukturen der Atomwaffenkontrolle zerfallen und Wladimir Putin New Start einseitig aufgekündigt hat. Dauerhaft werden wir atomare Aufrüstungsspiralen aber nur verhindern können, wenn es gelingt, für den Fortbestand und die internationale Rüstungskontrollarchitektur zu sorgen und die Instrumente von Abrüstung und Rüstungskontrolle für das 21. Jahrhundert zu erneuern und neu zu denken. Dabei wird es auf lange Sicht nötig sein, nicht nur Russland und die USA, sondern auch China an den Verhandlungstisch zu holen. Hierbei können Deutschland und Europa starke Impulsgeber sein.